

**Informations- und Kommunikationskultur entwickeln  
Ein dringender Beitrag zur Entwicklung  
der politischen Kultur in Deutschland**

**Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 13. bis 15. Dezember 2006  
in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Niedersachsen,  
der Heinrich-Böll-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung**

**Politische Kultur in Deutschland  
Begriff und ausgewählte Forschungsergebnisse  
mit Relevanz für das Thema der Tagung**

**Von Dr. Sylvia Greiffenhagen  
Professorin für Politikwissenschaft an der Ev. Fachhochschule Nürnberg**

Einen „Systemwandel von der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie hin zur medial-präsentativen Demokratie“ diagnostiert Ulrich Sarcinelli, ein scharfsichtiger Analytiker der deutschen politischen Kultur ebenso wie der politischen Kommunikation in unserem Land. Sein einschlägiges Buch zum Thema trägt den vielsagenden Titel „Symbolische Politik“. Thomas Meyer meint ähnliches, wenn er in einem Buch mit dem gleichfalls sehr anschaulichen Titel „Die Inszenierung des Scheins“ von einer „Transformation des Politischen“ spricht. Beide Kommunikationsforscher, und mit ihnen viele andere, beobachten, je nach theoretischer oder empirischer Ausrichtung, durch die Mediatisierung des Lebens Veränderungen der politischen Öffentlichkeit, aber auch Veränderungen für die demokratischen Institutionen, für die Meinungsbildung, für politische Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger sowie einen Wandlungsprozess des politischen Systems insgesamt. Offen bleibt dabei, wer oder was Henne und Ei ist.

Was lässt sich zu diesem Wandlungsprozess aus Sicht der politischen Kulturforschung sagen? – ich will meine Ausführungen in folgende drei Teile gliedern:

Im 1. Teil will ich zunächst – kurz – den Begriff der politischen Kultur einführen, dann etwas ausführlicher einige ausgewählte Ergebnisse der politischen Kulturforschung vortragen, die mir für das Thema der Tagung wesentlich scheinen.

Der 2. Teil befasst sich mit dem Thema politischer Information und politischer Kommunikation aus der Sicht der politischen Kulturforschung.

Der 3. Teil gibt ein kurzes Fazit und schließt mit wenigen Fragen zum Thema der Tagung aus der Sicht der politischen Kulturforschung.

## **1. Politische Kultur in Deutschland –**

### **Begriff und ausgewählte Forschungsergebnisse mit Relevanz für das Tagungsthema**

1.1 *Zunächst zum Begriff:* Politische Kultur bezeichnet die subjektive Dimension der Politik im Sinne eines Verteilungsmusters aller Orientierungen einer Bevölkerung gegenüber dem politischen System. Zur politischen Orientierung zählen Meinungen, Einstellungen und Werthaltungen. Während Meinungen sich rasch ändern können, sind Einstellungen, z.B. Parteipräferenzen, schon stabiler, und Werthaltungen, z.B. sittliche Grundüberzeugungen, werden weniger und nur sehr langsam gewechselt. Zum Bereich der politischen Kultur zählen auch Felder, die auf den ersten Blick als unpolitisch erscheinen, bei näherer Betrachtung aber eine politische Dimension offenbaren (z.B. Einstellungen zu Arbeit und Freizeit, religiöse Vorstellungen oder Erziehungsstile).

Politische Kulturforschung lebt vom Vergleich. Der Vergleich kann ganz Verschiedenes umfassen. Vergleichen lassen sich z.B. verschiedene politikgeschichtliche Phasen eines Volkes, also etwa die politischen Orientierungen der Deutschen während der Weimarer Republik mit jenen der Bundesrepublik oder der Deutschen der frühen 50er Jahre mit jenen der Deutschen der 90er Jahre. Gleichzeitig vergleicht man aber auch verschiedene nationale Kulturen, also die Deutschen mit den Franzosen oder Niederländern. Daneben lassen sich innerhalb einer Nation und eines Zeitraums verschiedene Bevölkerungsgruppen vergleichen; untersucht werden dann z.B. die politischen Orientierungen der Ostdeutschen im Vergleich zu den Westdeutschen, der Männer und Frauen, verschiedener Altersgruppen oder verschiedener sozialer Schichten. Ganz verschiedene Methoden kommen zum Einsatz: empirische ebenso wie hermeneutisch-verstehende.

Der wissenschaftliche Begriff politische Kultur ist angelsächsischer Herkunft und wird in der Forschung wertfrei gebraucht. Im allgemeinen Sprachgebrauch gibt es dagegen – zumindest in Deutschland – auch einen normativen Gebrauch des Begriffs. Danach beinhaltet politische Kultur einen besonders stilvollen oder moralischen Umgang mit politischer Macht – einen guten Stil,

den man einander zubilligen oder absprechen kann. Ich selber und mit mir die große Mehrheit der politischen Kulturforscher verwende ausschließlich den wissenschaftlich-wertfreien Wortgebrauch. Er erlaubt den Begriff politische Kultur auch im Zusammenhang mit Regimen, die man verabscheut (man spricht z.B. von der politischen Kultur des Nationalsozialismus oder des Stalinismus). Wie bei den Begriffen regionale Kultur, Unternehmenskultur, Verwaltungskultur, Subkultur ist jeder wertende Sinn ausgeschlossen.

Ich möchte deshalb auch die Begriffe Informations- und Kommunikationskultur im folgenden ausschließlich wertfrei verwenden. Ein normativer Gebrauch des Begriffs Kommunikationskultur müsste für mich aus diesem Grund immer ein klärendes Adjektiv oder eine zusätzliche Beschreibung mitführen: eine demokratische Kommunikationskultur, eine freiheitliche, eine der Aufklärung oder einem herrschaftsfreien Diskurs verpflichtete Kommunikationskultur, oder was immer.

1.2 Nach dieser Begriffsklärung rasch zu einigen *Ergebnissen der politischen Kulturforschung*, die ich für das Thema der Tagung für wesentlich halte.

Das Stichwort dafür heißt *Wandel*: Die politische Kultur in Deutschland hat nach dem 2. Weltkrieg im Blick auf Tempo und Intensität von allen westlichen Industriegesellschaften den dramatischsten Wandel erlebt. Die Deutschen haben bei der Veränderung ihrer politischen Orientierungen in kürzester Zeit einen sehr weiten Weg zurückgelegt. Internationale Studien zur politischen Kultur zeigten die Westdeutschen der 50er Jahre als eine ‚Untertanenkultur‘, als eine Gesellschaft, deren Mitglieder in ihren politischen Einstellungen auf den Mess-Skalen der Forscher sehr niedrige Demokratie-Werte aufwiesen. Amerikanische Forscher sagten damals voraus, es werde mindestens 100 Jahre dauern, bis die Deutschen Demokraten wie ihre europäischen Nachbarn würden. Ende der 80er Jahre, also nur 30 Jahre später, zeigten neue Studien die Westdeutschen als „eine der stabilsten Demokratien Europas“.

Wie und was wurde gemessen? Die internationale politische Kulturforschung hat sich auf zentrale Faktoren geeinigt, die zur Messung von demokratischen Einstellungen, unter anderem auf sogenannten ‚Demokratieskalen‘, geprüft werden. Zu diesen Faktoren gehören – hier nur einige Beispiele dafür – der Grad politischer Informiertheit und des politischen Interesses der Bürger; der Glaube an ihre Chance, durch Engagement tatsächlich etwas bewirken zu können; Selbstvertrauen und soziales Vertrauen, Toleranz und Ambiguitätstoleranz (also das Aushalten widersprüchlicher Positionen), schließlich Form und Ausmaß politischer Partizipation im engeren Sinn.

Im Blick auf solche Faktoren hat Westdeutschland nach dem 2. Weltkrieg eine überraschend rasante Demokratisierung erfahren. Beispiel politische Partizipation: Allen Unkenrufen zum Trotz waren in keiner früheren Phase der Bundesrepublik so viele Bürger und Bürgerinnen politisch aktiv wie heute; allerdings nicht unbedingt im Rahmen der etablierten Institutionen und Formen, aber das ist kein Einwand. Wer die politisch scheinbar bewegteren späten 60er oder die 70er Jahre beschwört, übersieht, dass damals nur ein sehr kleiner, allerdings lautstarker Ausschnitt der deutschen Bevölkerung partizipiert hat, während sich der weitaus größere Teil der Deutschen – auch der jüngeren Deutschen – von der Politik völlig fernhielt. Keine andere westliche Gesellschaft hat in diesem Zeitraum einen ähnlichen Wandel erfahren wie Deutschland.

Parallel zum Demokratisierungsprozess zwischen den 50er und den 80er Jahren – und in einer stetigen Wechselwirkung mit ihm – verlief ein weiterer Wandlungsprozess: der sogenannte ‚Wertewandel‘ von sogenannten materialistischen oder Akzentanz- und Sicherheitswerten hin zu den sogenannten postmaterialistischen oder Selbstverwirklichungswerten. Ein solcher Wertewandel lässt sich in allen prosperierenden westlich-demokratischen Industriegesellschaften nachweisen, aber wiederum nirgends so rasch und durchgreifend wie in Westdeutschland. Auch

hier legte die deutsche Gesellschaft in kürzester Zeit einen weiten Weg von einer Nachkriegsgesellschaft mit dem dominierenden Persönlichkeitstypus des ‚Materialisten‘ und ‚Konventionalisten‘ bis hin zu einer Gesellschaft der 80er Jahre mit einem vergleichsweise hohen Anteil von ‚Postmaterialisten‘, ‚Selbstverwirklichern‘ (und vielen Mischtypen zwischen den beiden Polen) zurück. Die Westdeutschen zeigten bei sehr vielen Studien die mit Abstand größten Unterschiede bei den Werthaltungen zwischen älteren Deutschen und jüngeren Deutschen. Nur ein Beispiel dafür: In den 80er Jahren danach befragt, ob ein Individuum einer Anordnung seines Chefs am Arbeitsplatz gewöhnlich bereitwillig folge, votierten die *älteren* Deutschen zu einem höheren Prozentsatz mit Ja als alle anderen europäischen Nationen. Die *jüngeren* Altersgruppen dagegen waren weit mehr als ihre europäischen Altersgenossen der Ansicht, man müsse jeweils zuerst die Sinnhaftigkeit dieser Anordnung prüfen. Die Forscher konstatierten verblüfft, dass erstens die Differenzen zwischen den Generationen nirgends so groß seien wie Deutschland, und dass man zweitens die jüngeren Deutschen nicht mehr als ‚richtige Deutsche‘ erkenne.

Natürlich erwarten Sie jetzt ein ABER. Es gibt nicht nur eines, sondern viele davon.

*Ein* Einwand bezieht sich auf die Situation in den ostdeutschen Bundesländern. Westdeutschland hat 40 Jahre gebraucht, um die skizzierten Wandlungsprozesse zu durchlaufen. Es liegt nahe zu vermuten, dass die Ergebnisse in den Studien der politischen Kulturforscher in Westdeutschland anders aussehen als in Ostdeutschland mit seiner noch jungen demokratischen Tradition, zumal unter dem Zwang einer Demokratisierung unter den wirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen der 90er Jahre. In der Tat zeigen sämtliche Studien, dass die politischen Einstellungen, Werthalten und Verhaltensweisen der Ostdeutschland andere Ausprägungen haben, als die oben für Westdeutschland beschriebenen: Die Ostdeutschen zeigen im Blick auf ihre politischen Orientierungen Werte, die weniger ‚demokratische Stabilität‘ erwarten lassen, als dies in Westdeutschland der Fall ist. Ihr Vertrauen in das politische System der westlich-repräsentativen Demokratie ist geringer, ihre Folgebereitschaft gegenüber extremen politischen Positionen ist größer: aus guten, verständlichen Gründen, die ich nicht vertiefen will. Ich will aber die Tatsache völlig unterschiedlicher politischer Orientierungswelten im Westen und Osten hier ausdrücklich festhalten. Denn auf Differenzen im Blick auf ‚politische Welten‘ in Deutschland komme ich im Lauf dieses Vortrags immer wieder zurück.

Ein zweites ABER betrifft Westdeutschland selbst. Auch hier ist nicht alles so einfach und glatt, wie vorher beschrieben:

*Zum einen* kommen Demokratisierung und Wertewandel im Westen, wie wir alle wissen, nicht unbedingt den etablierten Institutionen zu gute. Im Gegenteil: Je besser ein Individuum auf den Demokratieskalen der Forscher abschneidet, je stärker es sich in Richtung eines postmaterialistischen Wertetypus entwickelt, desto höher wird seine Kritikbereitschaft am überkommenen System und seinen Strukturen: Großorganisationen wie Parteien, Gewerkschaften, aber auch Kirchen, geraten in seinen kritischen Blick. Höhere Partizipationsbereitschaft muss also keineswegs stärkere Einbindung und größeres Engagement in unseren Parteien bedeuten, sondern wird statistisch eher Verdruss an den alten Organisationen mitbringen. Lieber arbeitet man in einer Initiative oder in einer anderen Form Bürgerschaftlichen Engagements mit: kurzfristig und ohne feste Bindungsverpflichtung, ohne bürokratisch-hierarchische Strukturen. So befürchten einige Kulturforscher eine Bedrohung des demokratischen Systems ausgerechnet durch ‚hochdemokratische‘ Bürger.

*Zum anderen* steht ja nicht ohne weiteres fest, dass sich die Orientierungen der Westdeutschen nicht wieder verschlechtern. Grundlagen für Demokratisierung und Wertewandel waren eindeutig das Wirtschaftswunder zu Beginn und die hohe materielle Sicherheit durch Wohlstand und leistungsstarken Sozialstaat. Eine anhaltende wirtschaftliche Rezession und der potentielle oder

real erlebte Verlust sozialstaatlicher Sicherheit können den Prozess durchaus stoppen und sogar wieder umkehren.

Demokratische Orientierungen brauchen – das zeigt sich, in unterschiedlicher Ausprägung, in allen untersuchten westlichen Gesellschaften – eine stützende materielle Grundlage.

Klar ist schon jetzt, dass es in unserer Gesellschaft, auch der westdeutschen, große und wachsende Gruppen gibt, deren politische Orientierungen vom guten Durchschnitt der Deutschen beträchtlich entfernt sind. Damit meine ich nicht unbedingt einige Neonazis (die ja im Blick auf ihre politische Partizipation durchaus aktiv sind), sondern auch viele Bevölkerungsgruppen, die am materiellen Wohlstand unseres Landes nicht angemessen Teil hatten, auch in Westdeutschland, und deshalb von Anfang an im Demokratisierungsprozess unseres Land zurückblieben.

Für alle die vorher benannten Faktoren auf den Demokratieskalen der Forscher (z.B. Grad an politischer Informiertheit oder politischem Interesse, Selbstvertrauen, sozialem Vertrauen, Toleranz und Ambiguitätstoleranz) gibt es nämlich einen entscheidenden Schlüssel: die formale Bildung. Unter formaler Bildung versteht man, ganz wertfrei, die reine Zeit, die ein Mensch mit Bildung und Ausbildung verbringt. Je höher die formale Bildung, desto größer die Wahrscheinlichkeit für hohe politische Informiertheit und Interesse, für hohes Selbstvertrauen, für Toleranz; desto höher auch die Bereitschaft zum Engagement im politischen Feld. Und umgekehrt: Je niedriger die formale Bildung, desto geringer die Chance für demokratische Orientierungen wie eben z.B. gute Informiertheit, politisches Interesse etc., desto geringer das Selbst- und soziale Vertrauen, desto höher ein diffuses Ohnmachtsgefühl gegenüber der fremden Welt der Politik. Je niedriger die formale Bildung, desto geringer auch die Partizipationsfähigkeit und die Bereitschaft dazu.

Politische Kulturforscher sprechen von einer Kognitiven Mobilisierung, also einer Mobilisierung durch Bildung in Richtung Demokratie und Wertewandel. Bildung wiederum ist in Deutschland, wie spätestens seit Pisa zum Glück ein größerer Teil der Bevölkerung weiß als zuvor, ein Thema sozialer Segregation:

Die deutsche Gesellschaft spaltet sich auf in Gruppen mit *hoher* formaler Bildung, guten Chancen auf ein zufriedenstellendes Einkommen und für Zufriedenheit auf sämtlichen wichtigen Feldern des Lebens, und Gruppen mit *niedriger* formaler Bildung, schwierigen materiellen Verhältnissen und einer rundum schwierigen Situation auf allen Lebensfeldern.

Soziale Segregation manifestiert sich in Deutschland aber nicht nur sozial, sondern zunehmend auch räumlich. Eine Segregation, wie man sie in Deutschland noch vor zwei Jahrzehnten für fast unmöglich gehalten hätte, ist in Gang gekommen: Die Städte und Regionen spalten sich auf in ‚gute‘ und ‚schlechte‘ Gebiete: ‚Schlechte‘ oder ‚schwierige‘ Stadtteile, Städte und Regionen sind in der Regel gekennzeichnet durch hohe Arbeitslosigkeit, eine hohe Sozialhilfequote, einen hohen Ausländeranteil, ein schlechtes Wohnumfeld, ein schlechtes Image. Die schwierigen Gebiete befinden sich oft in einer Abwärtsspirale: Wer kann, zieht weg; wer nachkommt, hat meist größere Probleme als die früheren Bewohner, und damit erhöht sich die schwierige Lage des Gebiets noch einmal.

Zur sozialen und räumlichen Segregation kommt aus den beschriebenen Gründen nun noch die politische Segregation hinzu: Hier, in den schwierigen Gebieten und Räumen, wohnen mehrheitlich Menschen mit niedriger formaler Bildung und den entsprechenden politischen Orientierungen: Menschen, die sich im allgemeinen weder für Politik interessieren noch besonders viel über politische Angelegenheiten wissen, der Politik allenfalls geringe Bedeutung beimessen, sich nur in geringem Ausmaß mit politischen Informationen versorgen und keine kognitiven Struktu-

ren ausbilden, um diese zu verarbeiten. ‚Politisch arm‘ nennt die Armutsforschung dieses Syndrom, das mit materieller und Bildungsarmut einhergeht. Statistisch finden sich also ausgerechnet in jenen Gebieten, die eine stärkere Interessenvertretung bräuchten, kaum Bürger, die auf diese Aufgabe vorbereitet sind oder sich überhaupt für sie interessieren.

Noch größer wird die Brisanz des Problems aber in Zukunft: Im Wettbewerb der verschiedenen Stadtteile, Städte, Regionen bedeutet das Partizipationsdefizit benachteiligter Gebiete eine große Gefahr: Schon heute sind die Problemquartiere in den politischen Gremien, aber auch in Vereinen und sonstigen Organisationen im allgemeinen nicht entsprechend der Quantität ihrer Einwohner vertreten. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit einer künftig verstärkten Nutzung von virtuellen Diskurs- und Partizipationsmöglichkeiten. Eine künftige ‚Bürger- oder Zivilgesellschaft‘, die immer mehr Aktivitäten und Entscheidungspotentiale ‚vom Staat‘ und den gewählten politischen Gremien abzieht und an die Bürger direkt delegiert, kann aus diesen Gründen die bisher schon benachteiligten Gruppen und Gebiete noch einmal treffen: weil ihre Interessen nicht in ausreichendem Maß von den Bürgern artikuliert und erst recht nicht gegen die Interessen partizipationsstarker Gruppen und Gebiete durchgesetzt werden können. Bis die Problemgebiete Partizipationsstrukturen aufgebaut haben, die sie – unter den gegenwärtigen Bedingungen – konkurrenzfähig machen könnten, haben die anderen Gebiete ihren Vorsprung vielleicht längst ins Unerreichbare ausbauen können. Hier liegt ein offensichtlicher Pferdefuß jener ‚Zivilen Gesellschaft‘, die uns Teile der Politischen Klasse und der Medien als Zukunftsmodell für die Gesellschaft empfehlen.

Worauf will ich hinaus? – Dazu mehr im 2. Teil meines Vortrags:

## **2. Politische Information und Kommunikation aus Sicht der politischen Kulturforschung**

Die Gesellschaft driftet sozial und politisch auseinander. Die politische Kommunikation, wie sie derzeit vorherrscht, trägt den unterschiedlichen politischen Welten in Deutschland nicht ausreichend Rechnung. Keine der polar sich spaltenden Gruppen wird bisher von ‚der‘ Politik – die Medien lasse ich vorderhand absichtlich aus – adäquat angesprochen: Die Bürgerinnen und Bürger mit den hohen Werten auf den Demokratieskalen der Forscher, die die stärkste Kognitive Mobilisierung erfahren haben, die Kritikfähigen und Kritikbereiten, die Partizipationsfähigen und Partizipationsbereiten, beißen auf Granit, wenn sie in den etablierten Großorganisationen offenere, weniger hierarchische oder bürokratische Strukturen anmahnen und mehr wirkliche Teilhabechancen einfordern.

Und die Menschen am anderen Ende der Skala: die mit den niedrigen Werten auf den Demokratieskalen, die nicht Partizipationsfähigen und -bereiten, die objektiv und subjektiv Hilflosen, Ohnmächtigen, werden von den herkömmlichen Strukturen und Formen politischer Information und Kommunikation erst gar nicht erreicht, oder schlimmer: sie werden schlicht übergangen; ihre Bedürfnisse, Interessen und Ängste werden nicht ausreichend wahr- geschweige denn ernst genommen. Ich erinnere nur an die kalte und emotionslose, fast zynische Sprache der Schröder-Sozialdemokratie während der ersten Umsetzungsphase der Agenda 2010 oder einiger Politiker und Politikerinnen noch heute gegenüber Sozialhilfe- und Hartz-IV-EmpfängerInnen. Hier macht wirklich der Ton die Musik. (Immerhin ist die politische Öffentlichkeit in diesem Politikfeld heute eine größere als noch vor zehn Jahren: Man mag es durchaus als einen Fortschritt politischer Information und Kommunikation betrachten, dass sich heute wesentlich mehr Menschen und Gruppen im Zusammenhang mit Hartz-IV über soziale Grausamkeiten aufregen, die früher zum selbstverständlichen Alltag eines auf Sozialhilfe angewiesenen Bürgers gehörten, z.B. der Zwang, das Ersparte aufzuvespern, bevor staatliche Hilfe einsetzt. Nur, dass deren Schicksal damals nicht interessierte, im öffentlichen Diskurs kaum thematisiert wurde – und wenn, dann in Formen und

einer Sprache, die über die Köpfe der Betroffenen hinweg ging oder sie gar mit plakativen Sprüchen auch noch für dumm verkaufte. Als wichtig, weil wahlentscheidend, galt ja ohnehin nur die gesellschaftliche Mitte.)

Wenn ich Zeit dazu hätte, würde ich gern ein wenig erzählen von einem konkreten Projekt in einem sogenannten schwierigen Stadtteil meiner Heimatstadt Esslingen, wo ich mit Kolleginnen einen Prozess der Leitbildentwicklung für eine soziale Stadt im Jahre 2030 durchführte: mit Menschen unterschiedlichster ethnischer Herkunft, Menschen, die nur zum Teil einen Schulabschluss hatten, deren Perspektiven alles andere als gut waren, kurz: Menschen, die sich gemeinlich bei Agenda- und Leitbildprozessen nicht von selber zu Wort melden und die auch im allgemeinen nicht um ihre Meinung darüber gefragt werden. Diese Menschen führten, nach einigem Vorlauf unsererseits, einen Diskurs, der so reflektiert und ergiebig war wie jene Diskurse, die wir von den gebildeten Mittelschichtsbürgern in unseren üblichen Agendaprozessen her kennen. Aber wir brauchten dafür eine andere Sprache, eine andere politische Kommunikation.

Was mich persönlich am meisten berührt hat, war das Vertrauen dieser Menschen in die Stadt, in die Gesamtöffentlichkeit: Sie erwarten, dass ‚die Stadt‘ ihnen dabei hilft, ihr Leben besser als bisher bewältigen zu können. Auf welchem erörterten Handlungsfeld immer: Die Sorge vor einer belasteten Zukunft in jeder nur denkbaren Hinsicht ist groß. Eigene Initiativen und persönliches Engagement für die eigene Familie und das direkte Umfeld wird von fast allen als wichtig erachtet, aber die Menschen schätzen ihren eigenen Einfluss und ihre eigene Kraft bei der Verbesserung der Lebensverhältnisse als sehr gering ein. Dagegen ist ihr Vertrauen in den Sozialstaat immer noch hoch (war es zumindest noch 2003), und die Menschen erhoffen von der Stadt eine überproportionale Förderung ihres Stadtteils so lange, bis ihre benachteiligte Situation sich bessert und anderen, ‚besseren‘ Stadtteilen angleicht. Ein Beispiel: Hier, im benachteiligten Stadtteil, müsse nach Ansicht der Bewohner das beste Schulmodell umgesetzt werden, nicht in den wohlhabenden Stadtteilen.

Der wichtigste Unterschied bei diesem Diskurs im schwierigen Stadtteil, im Vergleich zu den Leitbildprozessen, die ich gewöhnlich mit materiell gut gestellten und hoch gebildeten Mittelschichtsangehörigen durchführe: Das Leitbild des schwierigen Stadtteils von einer Bürgerkommune ist die Vision einer Stadt, die für weitgehende Chancengleichheit sorgt und gute Lebensbedingungen in allen Stadtteilen zu garantieren vermag. Ganz verschieden davon die Bilder von Gruppen mit höherer Bildung und besseren materiellen Bedingungen: Hier herrscht Aufbruchstimmung, der Glaube an die eigene Initiative, an die eigene Durchsetzungskraft, die Autonomie. Vor einem Rückzug ‚des Staates‘ in mancherlei Hinsicht hat man überhaupt keine Angst, im Gegenteil: man begrüßt ihn, denn zu viel staatliche Intervention schadet der freien Entfaltung.

Zwei völlig unterschiedliche Zukunftsmodelle, beide aus der jeweiligen sozialen und politischen Situation verständlich und stimmig. Nur, dass die Stimme der einfacheren Leute meist ungehört bleibt: in der Folge einer sozial unausgewogenen politischen Kommunikation zwischen politischer Klasse und Bürgern, aber auch unter Bürgern und Bürgern.

Hier kommen nun endlich die Medien ins Spiel. Politische Kommunikation wird heute fast ausschließlich über die Medien bestimmt. Viele Politikwissenschaftler sind inzwischen der Meinung, Politik erfahre ihre Legitimation nicht mehr, wie früher, über Gremien und Verfahren, sondern über die Medien. (BILD und Glotze reichen so manch einem Kanzler ja zum Regieren.) Durch die Medien werden die Segregationsprozesse, von denen die Rede war, noch verstärkt.

Das mag überraschen, denn oft kann man hören, die Medien, zumindest die Massenmedien, sorgten mit ihrer Tendenz zu Personalisierung und Skandalisierung politischer Themen, durch

Boulevardisierung und Infotainment für eine sozial ausgewogene Verdummung aller Gruppen und Schichten. Daran ist zwar grundsätzlich etwas Wahres, aber die formal besser gebildeten Menschen können sich diesem Einfluss besser entziehen: durch die Auswahl und reflektierte Nutzung von Medien und anderen Teilöffentlichkeiten. Richtig ist die platte Beobachtung: Die Dummen werden durch Fernsehen dümmer, die Gescheiten gescheiter.

Viele Massenmedien halten für niedrig gebildete Gruppen tatsächlich, wie vorher gefordert, eine andere politische Sprache bereit – aber auch die angemessene?

Gute politische Medien erreichen diese Zielgruppe kaum; politische Information – und ich sage dazu jetzt ganz bewusst „politische Aufklärung“ – findet kaum statt. Und die Massenmedien halten die Zielgruppe erst recht in Unmündigkeit.

– Doch jetzt endlich weg vom Thema Segregation und hin zu der allgemeinen Frage nach politischer Kommunikation durch und in Medien aus Sicht der politischen Kulturforschung.

Die Medien, und insbesondere die Massenmedien, sind für die politische Kultur eines demokratischen Landes in vielerlei Hinsicht von Bedeutung. Die Mehrheit der Bürger bezieht ihre politische Information fast ausschließlich aus den Medien. Diesen kommt deshalb ein entscheidender Einfluss auf die politische Sozialisation zu (Frank Brettschneider). Sie machen die Bürger mit dem relevanten politischen Personal und mit den Spielregeln für die Austragung politischer Konflikte vertraut. Dem Fernsehen wird übrigens größere Glaubwürdigkeit zugeschrieben als den Printmedien.

Politische Information und Kommunikation wird durch Wechselwirkungen zwischen Journalisten und Politikern bestimmt, zum Beispiel beim sogenannten Agenda Setting. Ein Thema, worüber die Medien berichten, wird in der Bevölkerung als ein wichtiges Thema angesehen; also muss die Politik versuchen, Themen, die ihr als wichtig erscheinen, in die Medien zu bringen. Sie drängt den Medien ihre Themen auf, und sie lässt sich dabei auf deren Spielregeln ein: Personalisierung von politischen Themen, Einbettung in schöne und gut zu bebildende Stories, Aktualität, Orientierung am kurzfristig Vermittelbaren, knappe Botschaften, Unterhaltungswert, Symbolische Politik, Inszenierung. Wir haben die Bilder alle im Kopf: Töpfers Bad im Rhein (um den Erfolg seiner Gewässerschutzpolitik zu demonstrieren), der Einzug der Vorsitzenden auf dem Parteitag, der Zwang zur maximalen Behandlung eines politischen Themas in zwei Minuten, wie komplex es auch sein mag.

Politik und Medien arbeiten dabei Hand in Hand; sie stehen in gegenseitiger Abhängigkeit. Es gibt in der politischen Kommunikationsforschung verschiedene Modelle für dieses Zusammenspiel, die uns hier nicht interessieren sollen. Entscheidend ist das Ergebnis: Die Gesetze politischer Kommunikation *sind* nun einmal so, wie sie sind. *Politische* Kommunikation steht schließlich als eine von vielen verschiedenen Teilöffentlichkeiten selber in einem Konkurrenzkampf um Aufmerksamkeit auf dem Markt einer *allgemeinen* Kommunikation und muss politische Inhalte deshalb wettbewerbsfähig gegenüber allen anderen Inhalten machen. Die Medien sind damit einerseits Opfer gesamtgesellschaftlicher Trends, andererseits gleichzeitig auch Ursache und Antreiber der weiteren Entwicklung.

Wenn Medienberichterstattung tatsächlich das Bild maßgeblich prägt, das die Bürger von der Politik haben, so ist objektive Berichterstattung für eine demokratische Gesellschaft grundlegend. Aber Objektivität der Darstellung allein genügt nicht. Politische Themen sind immer komplex. Norbert Blüm hat einmal gesagt, er kenne nur eine Handvoll Experten, die die Komplexität des Rententhemas durchschauten. Die meisten Politiker tun das wohl kaum, auch nicht die

Mehrheit der Journalisten und erst recht nicht die Bürger. Um Komplexität zu reduzieren und damit bestimmte Themen überhaupt erst öffentlichkeits- und diskussionsfähig – auch wahlkampfähig – zu machen, werden dramaturgische Mittel, Inszenierung und Symbole verwendet: „mit dem Ziel der Aufmerksamkeitssteuerung und politischen Loyalitätssicherung“ (Ulrich Sarcinelli).

Dieser Form von politischer Information und Kommunikation von vornherein reine Schauspielerei oder gar Täuschung zu unterstellen, um die Urteilsfähigkeit der Bürger zu unterlaufen, ist sicherlich übertrieben. Es gibt aber Grenzen. Diese abstrakt zu definieren, ist schwierig, im konkreten Einzelfall aber fast immer möglich. Werden solche Grenzen zu oft überschritten, droht Glaubwürdigkeitsverlust.

Der Verlust von Glaubwürdigkeit droht noch von anderer Seite: Die Bürger schreiben, wie wir aus vielen Untersuchungen wissen, Politikern die Möglichkeit zu, Politik nach eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Durch Personalisierung politischer Themen und Inszenierungen wird diese Erwartung tagtäglich bestätigt. In der Realität ist Politik aber auf vielen Feldern nur ein Akteur unter vielen anderen und entsprechend machtlos. Modernes Regieren ist eher Verhandeln als machtvoll Selbergestalten. Helmut Willke spricht von der Entzauberung des Staates durch die anderen Akteure, Claus Offe von einer Dekomposition von Staatlichkeit. So öffnet sich ständig die Schere zwischen legitimatorischer Zuschreibung auf der einen Seite und mangelnder Zuständigkeit und Verantwortungsfähigkeit auf der anderen Seite: eine Entwicklung, die unter den Bedingungen der gegebenen politischen Kommunikation nur schwer zu durchbrechen sein dürfte.

Ein letztes Stichwort: Responsivität. Von Responsivität der Politik kann gesprochen werden, wenn sich das Handeln der Politiker im Einklang mit den Wünschen der Bevölkerung befindet. Responsivität gilt in modernen Politiktheorien als ein Gütezeichen repräsentativer Demokratie. Studien zeigen, dass in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich eine relativ hohe Responsivität erreicht war. Aber es gibt in der gegenwärtigen politischen Kommunikation zwei grundverschiedene Meinungen dazu: Die einen behaupten, Politiker würden zunehmend ‚abgehobener‘, würden sich also zunehmend von den Wünschen und Erwartungen der Bürger entfernen; die anderen sind der Ansicht, Politiker kämen zunehmend ihrer Führungsaufgabe nicht nach, sondern würden nur populistisch der Mehrheit nachlaufen. Beides führe letztlich zu Frust und zur Abkehr der Bürger von der Politik. Was ist richtig? – Schwierig zu beurteilen, aber eines steht fest: Genau diese Frage muss meines Erachtens stärker zum Gegenstand der politischen Kommunikation gemacht werden als bisher.

### **3. Ein ganz kurzes Fazit zum Schluss:**

Der zu Beginn vermutete Systemwandel von der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie zu einer medial-präsentativen Demokratie hat tatsächlich stattgefunden und ist weiter in Gang. Demokratische Herrschaft ist zustimmungsabhängig und legitimationsbedürftig. Dies gilt unter den Bedingungen einer „gemachten Medienöffentlichkeit“ (Sarcinelli) noch mehr als unter dem – auch nie erreichten – Ideal eines Modells diskursiver Öffentlichkeit nach Habermas.

Aus meiner Sicht als politischer Kulturforscherin wären für einen Diskurs über das Thema einer künftigen Informations- und Kommunikationskultur unter anderem folgende Fragen zu erörtern:

- Wie lässt sich die gegenseitige Abhängigkeit und Wechselwirkung zwischen Politik und Medien aufbrechen, die uns in der politischen Kommunikation immer größere Zwänge

zur Reduktion von Komplexität auferlegt? Wie lässt sich die gegenseitige Instrumentalisierung durchbrechen?

- Welche Möglichkeiten für eine aufklärende politische Information und eine aufgeklärte politische Kommunikation sehen wir?
- Was für Konsequenzen für politische Information und Kommunikation müssen aus der Realität extrem auseinanderdriftender ‚politischer Welten‘ der Bürger gezogen werden? Welche differenzierten Sprachen und Kommunikationsformen finden wir, um die unterschiedlichen Zielgruppen adäquat anzusprechen?
- Und schließlich: Wie bringen wir alle Bevölkerungsgruppen in den politischen Diskurs hinein? Auch solche, die sich von sich aus nicht aktiv einbringen? Welche Aufgaben liegen dabei bei der Politik, welche bei den Medien?

Ich bin sehr gespannt auf die Ergebnisse dieser wichtigen Tagung. – Aber jetzt erst einmal herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben.